

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter,
Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6720 –**

**Bedrohung des Friedens im Osten der Demokratischen Republik Kongo
durch Ruandas rohstoffbedingte Kriegshandlungen – Die Unterstützung
der Europäischen Union für die ruandische Armee beenden**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass der Krieg und die extreme Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) mit den im Land vorhandenen Mineralien wie Kobalt, Kupfer oder Coltan zusammenhängen würden. Ohne diese Metalle wäre keine Elektromobilität möglich.

Die Antragsteller unterstreichen, dass das Nachbarland Ruanda die dortigen Rohstoffe plündern wolle und dementsprechend verfolge es eine Strategie der politischen Manipulation, der Unterstützung von Rebellen und Milizen und der illegalen Militäreinsätze in den Osten der DR Kongo.

Trotzdem, so die Antragsteller, habe die Europäische Kommission der ruandischen Armee im Dezember 2022 eine Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Euro gewährt, was eine implizite Art sei, Ruandas Kriegshandlungen im Osten der DR Kongo zu fördern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6720 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender und
Berichtersteller

Derya Türk-Nachbaur
Berichterstellerin

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Karoline Otte
Berichterstellerin

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Derya Türk-Nachbaur, Dr. Wolfgang Stefinger, Karoline Otte, Dr. Christoph Hoffmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6720** in seiner 103. Sitzung am 11. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Regierung der DR Kongo dabei zu unterstützen, die Entwaffnung und Demobilisierung der Milizen gemäß dem Friedensabkommen von Luanda in die Wege zu leiten und zu beschleunigen.

Des Weiteren fordern die Antragsteller von der Bundesregierung einen politischen Dialog mit dem Ziel, die in den Konflikt verwickelten Staaten zu verpflichten, sich für einen friedlichen Interessenausgleich einzusetzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen. Insbesondere die Regierung Ruandas sei aufzufordern, die Unterstützung von Milizen zu beenden, die Grenzen der DR Kongo zu respektieren und die illegale Ressourcenausbeutung zu unterlassen.

Schließlich solle die Bundesregierung die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten auffordern, die Zusammenarbeit mit der ruandischen Armee zu beenden sowie alle dafür vorgesehenen Mittel auszusetzen. Sie solle sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die bisherige humanitäre Versorgung im Osten der DR Kongo quantitativ und qualitativ besser gestaltet wird und dass gegen die Republik Ruanda ein Waffenembargo verhängt werde, was konsequent überwacht werde.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Verkehrsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 46. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6720 in seiner 37. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass man alles dafür tun müsse, dass die DR Kongo, die 6 Mal so groß wie Deutschland und eines der rohstoffreichsten Länder Afrikas sei, politisch stabil bleibe. In Ruanda unterstütze die Politik teilweise die Milizen, die in den Osten der DR Kongo einsickerten und die dortigen Rohstoffe plünderten. Das geschehe auch mit dem Einsatz von Kindersoldaten, und die Bundesregierung sehe dabei zu.

Es sei verwunderlich, wenn der Deutsche Bundestag mit Aktionen, wie dem Red Hand Day, gegen Kindersoldaten aktiv werde, aber im Hinblick auf die DR Kongo erfolge kein Aufschrei. Die Fraktion der AfD habe nachgefragt, ob sichergestellt sei, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Rohstoffe aus Ruanda kaufe, denn diese seien sicherlich zuvor aus dem Osten der DR Kongo gestohlen worden. Die Antwort sei gewesen, dass man sich nicht ganz sicher sei. Fakt sei, dass die EU Ruanda 20 Mio. Euro für Waffenkäufe gegeben hätte. Eigentlich sei dieses Geld dafür vorgesehen, die ruandischen Soldaten für den Einsatz der Vereinten Nationen (VN) in Nord-Mosambik auszustatten. Die DR Kongo behaupte aber, dass das Europäische Parlament (EP) mit dem Geld den Einsatz von Waffengewalt im Osten der Republik Kongo unterstütze. Man müsse Ruanda eindeutig sagen, dass sie diesen Konflikt stoppen müssten, bevor er ausarte. Es hätte den Konflikt zwischen Hutu und Tutsi gegeben, der über eine Million Menschenleben gekostet hätte. Man müsse alles dafür tun, dass solche Konflikte nicht erneut ausbrechen würden, und deshalb müssten die Grenzen der DR Kongo unangetastet bleiben, insbesondere von ruandischer Seite. Die VN in New York würden auf die Frage, warum man sich nicht aktiver für Frieden im Osten der DR Kongo und Ruanda einsetze, antworten, dass Ruanda immerhin der größte Truppensteller auf dem afrikanischen Kontinent bei VN-Missionen sei. Deswegen wolle man sich nicht richtig einmischen. Wenn das mittlerweile die Messlatte für Politik und Frieden sei, dann dürfe man sich nicht wundern, dass Afrika instabiler werde. Der Antrag wolle Frieden schaffen und Stabilität gewährleisten.

Die **Fraktion der SPD** hält dagegen, dass man diesen Antrag ablehne, genau weil es um die Stabilität in der Region gehe. Die Strategie der EU lasse sich folgendermaßen zusammenfassen: 1.) Alle Friedensbemühungen in dieser Region werde man unterstützen. 2.) Die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder in der Region achte man. 3.) Man fördere die Schaffung eines Umfelds des gegenseitigen Vertrauens und der Partnerschaft. Daher wäre der im Antrag gemachte Vorwurf, dass die EU aktuell Ruanda mit Waffen beliebere grotesk, denn er verdrehe die Tatsachen. Seit Dezember 2022 unterstützten die EU und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen der „European Peace Facility“ den Einsatz der ruandischen Armee in der Provinz Cabo Delgado in Mosambik im Kampf gegen dschihadistische Gruppen mit insgesamt 20 Mio. Euro. Dieser Einsatz erfolge auf explizite Einladung der Regierung von Mosambik und trage maßgeblich zur Stabilisierung der Provinz bei. Von daher bestehe kein Bezug zwischen der Unterstützung der ruandischen Streitkräfte in Mosambik und den ruandischen Aktivitäten in der DR Kongo. Eine solche Verbindung versuche die Fraktion der AfD jedoch fälschlicherweise herzustellen. Die Fraktion der SPD lehne diesen Antrag mit aller Entschlossenheit ab, denn er verdrehe die Tatsachen und diskreditiere das Engagement der EU und Deutschlands in Afrika. Man benötige vielmehr, so der Wertetransformationsindex von 2022, Aktivitäten durch internationale Partner, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen. Nur so könne die DR Kongo gestärkt werden. Genau das machten die EU und die Bundesregierung mit ihrem entwicklungspolitischen Engagement in den Bereichen Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt, um einen friedlichem Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen in der Region zu erreichen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass Ruanda regelmäßig von Seiten der Bundesrepublik Deutschland und auch der EU für die Unterstützung der M23-Gruppe kritisiert werde, so auch unlängst von dem deutschen Botschafter in Kinshasa. Die Fraktion der CDU/CSU halte daran fest, dass man alles versuchen müsse, die Konfliktparteien an einen Verhandlungstisch zu bekommen. Man verurteile den Einsatz von Kindersoldaten aufs Schärfste. Deshalb müsse alles dafür getan werden, um die Konflikte in dieser Region zu befrieden. Geeignete Akteure, die Themen und Konflikte auf friedlichem Weg zu lösen, seien die afrikanischen Staaten selbst, wobei die EU das Thema jederzeit unterstützen solle. Es sei ebenso wichtig, dass weiterhin ein Gesprächskanal offen und die Zusammenarbeit mit Ruanda bestehen bleibe. Auch deshalb unterstütze die EU das Land mit einer

Militärhilfe von 20 Mio. Euro für den Einsatz in Mosambik, nicht in der DR Kongo. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass ein Teil der Problemanalyse, wenn man über Frieden und Stabilität in der Region spreche, die Rolle der Kolonialstaaten sein müsse. Darauf gehe der vorliegende Antrag jedoch nicht ein, es fehle definitiv die Analyse der Rolle von Kolonialstaaten, die dazu geführt hätten, dass Staaten schwach aufgestellt seien. Sie seien mitverantwortlich für den Rohstoff-Fluch und die schwache Beteiligung der Bevölkerung an den Einkommen aus diesen Ressourcen. Dies habe historische Wurzeln und sei nie ausreichend aufgearbeitet worden. Das alles fehle in dem Antrag der Fraktion der AfD, und deshalb lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen ab.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass dieser Antrag sehr viele Dinge miteinander vermische und falsche Zusammenhänge herstelle. So seien die Waffenlieferungen im Zusammenhang mit dem Einsatz der ruandischen Armee in Mosambik zu sehen, und das könne man nicht mit den Einsätzen der M-23 im Ost-Kongo vermengen. Deutschland unterstütze in vielerlei Hinsicht die Friedensbemühungen im Ost-Kongo. Es habe deutliche Gespräche von Deutschland, aber auch von der EU und den USA, mit der Regierung in Ruanda gegeben, um mehr Frieden im Ost-Kongo zu erreichen. Diese Gespräche hätten eine gewisse Wirkung entfaltet, denn es sei von Seiten M-23 etwas ruhiger geworden. Insofern habe Deutschland dazu beizutragen, dass der Friedensprozess vorankomme, Spannungen abgebaut würden und eine Lösung gefunden werde. Die Situation im Ost-Kongo sei nach wie vor unübersichtlich und mit sehr vielen verschiedenen bewaffneten Gruppen. Man hoffe, dass es nicht zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen komme. Es müsse das Ziel aller sein, in dieser Region, die eigentlich sehr wohlhabend sein könnte, eine dauerhafte Stabilität zu erreichen. Die Fraktion der FDP werde weiterhin die Bemühungen der Bundesregierung unterstützen, die Nachverfolgbarkeit von Mineralien zu verbessern, damit man wisse, woher die Rohstoffe kommen und wohin sie gehen würden. Den Antrag der Fraktion der AfD lehne man ab.

Berlin, den 14. Juni 2023

Derya Türk-Nachbaur
Berichterstatlerin

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Karoline Otte
Berichterstatlerin

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

